



AfD-Fraktion Hagen, Rathausstr. 11, 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
- im Hause -

AfD Alternative für Deutschland
Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Rathausstr. 11

58095 Hagen

Telefon: 02331-207 2129

Telefax: 02331-207 2713

E-Mail: fraktionsgeschaeftsfuehrung@afdhaben.de

Aktenzeichen:
2015-09-14-3

Datum 14.09.2015

**Antrag an die Verwaltung zur Ratsversammlung
am 24.09.2015 gemäß § 6 GeschO
hier: Flüchtlingssituation in Hagen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Unterbringung der Flüchtlinge ist aktuell eine große Herausforderung für die Stadtverwaltung der Stadt Hagen, da die Menschen im Moment im Wesentlichen nur in Flüchtlingswohnheimen untergebracht werden können, für die zunächst möglichst rasch realisierbare Standorte gefunden werden müssen. Derzeit engagieren sich die Stadtverwaltung, viele Bürger und Bürgerinnen, Initiativen und Organisationen vorbildlich für eine zeitnahe Integration dieser Menschen in den neuen Alltag. Der Strom der Flüchtlinge hält an und führt bereits kurzfristig, aber auch mittel- bis langfristig zu weiteren sozialen Herausforderungen, insbesondere auf dem lokalen Wohnungsmarkt. Die internationale Zuwanderung führt in den nächsten Monaten und Jahren zu feststellbaren Engpässen im Segment der preiswerten Wohnungen. Dies kann auch zu einer Erhöhung der lokalen Mietpreise führen und zu einer höheren Belastung des städtischen Haushalts. Bestehende Konzepte, um den Wohnungsneubau, die Altbausanierung, insbesondere den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln, werden nicht ausreichen. Insbesondere in den nächsten 2-5 Jahren – oder ggf. früher - könnte sich angesichts der aktuellen Entwicklung die Situation auf dem Wohnungsmarkt erheblich verschärfen.

Daher erlauben wir uns den nachfolgenden Antrag an die Verwaltung einzureichen:

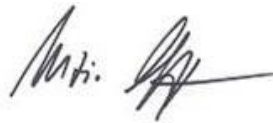
Die Stadtverwaltung der Stadt Hagen wird dringend um die Erstellung/ggf. Überarbeitung bestehender Wohnraum- /Wohnungsbaukonzepte für den lokalen Wohnungsmarkt zur nachhaltigen Sicherstellung bezahlbaren Wohnraums gebeten.

Wir ersuchen die Stadtverwaltung um die Erstellung/ggf. Überarbeitung bestehender Wohnraum- Wohnungsbaukonzepte. In ein solches Konzept sind Wohnungsbauförderungsprogramme des Landes, ggf. eigene Wohnungsbauförderungsprogramme einzubeziehen. Ggf. ist an eine dauerhafte, mindestens aber vorübergehende Senkung der Grundsteuer nachzudenken, um positive Impulse für den Wohnungsmarkt zu setzen. Altbausanierungen sind ebenfalls zu fördern und Förderungsprogramme diesbezüglich in die Überlegung einzubeziehen. Eine Wohnbauflächeninitiative ist in die Wege zu leiten, Kooperationsmodelle mit lokalen öffentlichen und privaten Partnern sind zu erarbeiten und langfristige Vermietungen zu angemessenen Preisen sind sicherzustellen. Das ist eine Aufgabe die bereits jetzt als zukunftsweisendes Gesamtkonzept zu erarbeiten ist. Mit Rücksicht auf die aktuelle Entwicklung hat dieses Konzept eine außerordentliche Priorität.

Mit freundlichen Grüßen



Michael Eiche
Fraktionsvorsitzender



F.d.R. Martin Goege
Fraktionsgeschäftsführer